



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bismarcks Inkonsequenz im Streite mit den Ultramontanen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Bismarcks Inkonsequenz im Streite mit den Ultramontanen.



icht selten wird in der liberalen Presse der Vorwurf laut, die Politik des Reichskanzlers sei eine inkonsequente. Man bekam das in der Entwicklung verschiedner Fragen, z. B. im Verlaufe der Zoll- und Steuerreform, zu hören, und jetzt wird die Klage von neuem erhoben: er soll seine Ansichten und Grundsätze in Betreff des Streites mit der römischen Kirche gewechselt haben. Kein Vorwurf ist grundloser als dieser. Die Meinungen, die Wünsche des Kanzlers sind unverändert dieselben wie vor zehn Jahren, und wenn er seine Ansprüche herabstimmt, wenn er sich anschickt, die eine oder die andre Forderung fallen zu lassen, so ist das kein Fehler, sondern angesichts der veränderten Verhältnisse eine Notwendigkeit.

Den Fürsten Bismarck der Inkonsequenz zeihen kann nur der, welcher sich schlechterdings nicht in die Lage und die Aufgabe eines leitenden Ministers hineinzudenken vermag. Wer längere Zeit an der Spitze einer Staatsregierung steht, wird seine ursprünglichen Gedanken und Zwecke sehr selten ganz, ohne Veränderung oder Abstrich, durchführen können. Er hat mit dem Leben zu thun, das sich unablässig umgestaltet, und für dessen Wechselfälle er sich nicht im voraus einrichten und binden kann. Er kann „nicht wie eine Kanonenkugel immer geradtaus laufen“, denn er steht Situationen gegenüber, mit denen er rechnen, nach denen er sich verhalten muß, und die keineswegs immer dieselben bleiben. Wechselt die Situation, so muß er sich in der Praxis ihr anbequemen, vor ihr einbiegen und einen andern Plan machen und verfolgen. Im vorliegenden Falle aber wechselte die Situation vor allen Dingen durch die Un-

beständigkeit der Parteien, deren Verhalten wiederum zum guten Teile durch den Neid bestimmt wurde. „Der Neid im politischen Leben ist das Nationallaster der Deutschen, sie können es nicht vertragen, jemand lange eine hohe, leitende Stellung einnehmen zu sehen.“

Die Position der Regierung dem Ultramontanismus gegenüber war unmittelbar vor dem Kriege mit Frankreich eine starke und vorteilhafte. Sie wurde eine wesentlich andre durch das Entstehen der katholischen Partei, von deren Gründern man anfänglich erwarten durfte, sie würden (man denke an Savigny) der Regierung ihre Unterstützung gewähren, während sie ihr alsbald in schroffer Weise entgegentraten. War die Stellung des Kanzlers hierdurch schon geschwächt, so würde der ganze Kampf mit dem Zentrum immerhin ein anderer gewesen sein und zu günstigeren Ergebnissen geführt haben, wenn Bismarck ihn an der Spitze der konservativen Partei hätte durchsetzen können. Der Reichskanzler war aus dieser Partei hervorgegangen, konnte aber, wenn er dem Bedürfnisse der Zeit gerecht werden, wenn er das eine der beiden großen Hauptziele seiner Politik, die Sicherstellung und Stärkung Deutschlands, erreichen wollte, nicht durchweg mit ihr weitergehen. Dies und daneben der lange verhaltene und bald nach dem Kriege ausbrechende Neid der alten Standes- und Glaubensgenossen „drückte ihn hinüber auf die liberale Seite.“ Wenn das deutsche Reich festwachsen sollte, mußte es zu einer Verständigung mit den Politikern dieses Lagers kommen, der Kanzler mußte mit der damals stärksten Partei zu einer Einigung gelangen, wie er sie vor 1866, wo das gleichfalls im Interesse Preußens und Deutschlands wünschenswert war, vergeblich erstrebt hatte. „Das war namentlich in den Jahren notwendig, wo das junge Reich noch von einer Tripelallianz wie in der Raunigischen Epoche bedroht war. Die letzte Leistung der deutschen Diplomatie ist die Vereitelung einer Koalition der benachbarten Großmächte gegen uns seit dreizehn Jahren. Zu diesem Zwecke mußte die Regierung an der Spitze der Liberalen, der Mehrheit im Reichstage, erscheinen, und dies wurde durch Kompromisse erreicht.“ Darüber fielen die Konservativen vom Kanzler ab, wobei, wie bemerkt, ihr Neid als starkes Motiv mitwirkte. Die „Junker“ waren zuerst verstimmt, dann grollten sie, zuletzt brachen sie in offenen Zorn aus. Zu Anfang des Jahres 1872 kam es über der Frage des Schulaufsichtsgesetzes zwischen ihnen und dem Kanzler zu hellem Konflikt. Die Herren machten Front gegen die Regierung, indem sie im Bedürfnisse gesinnungsvoller Opposition mit Windthorst und Genossen die „Vindikation des monarchischen Prinzips gegen parlamentarische Majoritätswirtschaft“ und die „Verteidigung des christlichen Charakters unsers Staates“ auf ihre Fahne schrieben. Und in ähnlicher Weise ging es mehrere Jahre fort, man entfinne sich der Stellung, welche die Kreuzzeitung in den Tagen der großen Verleumdungen durch die „Reichsglocke“ und die sie läutenden Land- und Hofjunker gegen den Ministerpräsidenten und zur Sache der Ultramontanen einnahm, und noch heute fühlt

sich ein großer Teil der Partei dieser Sache näher verwandt als derjenigen, welche die Regierung vertritt.

Und ganz ähnlich wie von 1872 an mit den Konservativen erging es dem Kanzler von 1877 an mit den Liberalen. Auch hier bewog neben doktrinären Velleitäten der Neid, der Wunsch, mehr noch als bisher zu gelten, mehr Anteil am Regiment zu haben, Minister aus dem Kreise der Parteigenossen neben den Kanzler oder an seine Stelle zu setzen, zum Abfall, und wieder erfuhr die Situation, mit welcher Bismarck den Ultramontanen gegenüber zu rechnen, nach welcher er sich mit seinen Gedanken und Tendenzen einzurichten hatte, eine wesentliche Veränderung. Es war hier der andre große Zweck des Kanzlers, der in Frage kam, die Verteidigung des monarchischen Prinzips gegen verfassungswidrigen Parlamentarismus, wie ihn nicht bloß die Fortschrittspartei, sondern auch die weiter rechts stehenden Liberalen, wenn auch gemäßigter und verhüllter, erstrebten.

Der Liberalismus hatte vor 1866 behauptet, die Regierung habe sich dem Willen der Volksvertretung zu unterwerfen oder zurückzutreten und einem aus der Mehrheit der Letztern gebildeten Ministerium Platz zu machen. Bis zu dem genannten Jahre hatte Bismarck diese vom Westen her importirte Lehre einfach für unanwendbar auf Preußen erklärt. Jetzt bemühte er sich im Hinblick auf die Nothwendigkeit, das neue Deutschland durch Eintracht gegen das Ausland zu sichern und zu stärken, bei jeder Gelegenheit, die Liberalen zu Ansichten zu bekehren, die besser zu den monarchischen Institutionen stimmten. Er führte die Politik der Kompromisse ein, auf welche er schon 1863 hingewiesen hatte, und auf welche die Nationalliberalen gleich andern Gemäßigten jetzt in den meisten Fällen eingingen. Er gewann sie durch Entgegenkommen gegen ihre Lieblingswünsche und möglichst schonende Behandlung ihrer Vorurtheile.

Bei der Schnelligkeit, mit welcher der innere Ausbau des deutschen Staates infolge dieser Methode vor sich ging, konnte es nicht fehlen, daß sich, als man Zeit zu genauerer Betrachtung des Geschaffenen fand, Mängel am Werke herausstellten, die rascher Beseitigung bedurften. Ein Teil der Nationalliberalen erkannte dies an, ein anderer nicht. Alle erinnerten sich jetzt mehr oder minder ihrer doktrinären Vergangenheit, in allen, namentlich in den Führern, regte sich die Neigung, nun endlich sein Teil an der Gewalt zu bekommen, direkter und umfänglicher mitzuregieren, und so wurde die Unterstützung des Kanzlers durch die Partei immer fraglicher. Man setzte sie noch in sein Programm, aber die Thaten ließen zu wünschen übrig. Man verfuhr erst dilatorisch, dann kühl, darauf abwehrend und zuletzt geradezu feindselig. Als der Kanzler sich Ostern 1877 vom Kaiser seinen Abschied erbat, war einer der Beweggründe dazu auch Verdruß und Ermüdung vor der zunehmenden Opposition der stärksten unter den liberalen Parteien, die sich namentlich im Hinblick auf die Feindschaft der Ultramontanen gegen das Reich entschieden auf die Seite des Schöpfers des

letztern hätte stellen sollen, ihm aber ihren Beistand niemals voll zu Teil werden ließ.

Inzwischen waren die Pläne des Kanzlers zur Umgestaltung der wirtschaftlichen Einrichtungen des Reiches gereift, und zu diesem Zwecke suchte er sich die Mitwirkung der Nationalliberalen zu verschaffen. Bennigsen, mit dem er darüber verhandelte, wollte sich nicht allein entscheiden, er nahm die Vorschläge Bismarcks einfach entgegen, um sich darüber mit andern Führern seiner Partei zu besprechen. Dies geschah, und einige Tage nachher wurde von den Blättern der Nationalliberalen die Parole „konstitutionelle Garantien“ ausgegeben. Es war der deutliche Ausdruck des nie ganz geschwundenen und vom linken Flügel der Partei wiederholt schon geäußerten Gefühls, daß man im Reichskanzler nicht sowohl einen Freund und Mitarbeiter, als einen Gegner vor sich habe, dem man sich nur mit größter Vorsicht weiter nähern dürfe, und dessen Vorschläge man mit allerlei Kautelen durchspicken müsse, wenn sie für die Macht des Parlaments ungefährlich sein sollten. Das Verlangen nach jenen Garantien schmeckte halb nach der Denkart eines Handelsmannes, halb nach der eines Advokaten. Es war ein merkantiles Geschäft, das offenbar von Herrn Lascker angeraten worden war, welcher schon 1863 bemerkt hatte, daß man endlich auch „Volksrechte“ fordern und gewähren müsse. Jetzt, wo man als begehrt, als notwendig und unumgänglich erschien, war, wie Herr Lascker meinte, die Zeit gekommen, diese günstige Konjunktur kaufmännisch auszunutzen und der Regierung abzudrücken, was man wünschte. Der Kanzler aber lehnte das Verlangen als unerfüllbar ab, und von jetzt an verwandelten sich die Nationalliberalen in eine Partei, die fast in allen Fragen, welche den Reichstag und den Landtag beschäftigten, mehr oder minder entschieden mit der Opposition stimmte und der Regierung bisweilen die natürlichsten Dinge abschlug, lediglich um einen Druck auf sie auszuüben. Das Ausscheiden des linken Flügels aus dem Fraktionsverbande änderte daran wenig. Die ganze Partei war von der alten Mißgunst erfüllt, und ihre Blätter verrieten dies deutlich, wenn sie die Sache auch in allerlei Phrasen hüllten. Man hatte die Gelegenheit benutzen wollen, sich zu höherer Geltung, zur Mitherrschaft zu verhelfen, und als das mißlungen, wollte man dem spröden Kanzler dadurch, daß man ihm Hindernisse in den Weg legte, wenigstens zeigen, daß man eine Macht sei, die schaden könne und die durch Zugeständnisse gewonnen werden müsse. Daß der wahre Fortschritt darunter litt, der Ausbau des Reiches gehemmt wurde, war Nebensache, es galt den Fortschritt des Parlamentarismus über die Verfassung hinaus, die Erweiterung der Befugnis der Herren am Dönhofsplatz und auf der Leipziger Straße und zunächst die Befriedigung des Ehrgeizes der Parteiführer. Fürst Bismarck aber hat seit Beginn dieses Auftretens der Nationalliberalen nur stärker als früher empfunden, daß sie unzuverlässige Bundesgenossen sind, und im übrigen mit Hilfe anderer wesentliche Punkte seines reformatorischen

Programms durchgeführt, nicht so viele, als er mit dem Beistande der alten Verbündeten verwirklicht haben würde, aber immerhin einige von Bedeutung. Seine andern waren die Konservativen und das Zentrum. Deshalb aber zu sagen, er sei im junkerlichen Sinne konservativ, also reaktionär, geworden, wäre genau so ungereimt, als zu behaupten, er sei unter die Ultramontanen gegangen. Seine beiden Parteien zeigten sich bereit, ihm gewisse Absichten durchbringen zu helfen, und er nahm dies an. Den gemäßigten Liberalen steht nichts im Wege, sich ihm von neuem zu nähern und wieder durch Kompromisse mit ihm weiter zu kommen, wenn sie eine gewisse Grenze ihrer Ansprüche respektiren.

Bis jetzt haben sie dazu geringe Neigung an den Tag gelegt, und das ist einer der Hauptgründe, weshalb der Kanzler seine ursprünglichen Absichten dem Ultramontanismus gegenüber modifiziren mußte. Er befindet sich vor einer stark veränderten Situation. Man unterstützt seine Politik auch in dieser Angelegenheit nicht mehr wie früher. Ein Teil der Konservativen geht mit dem Zentrum. Die Fortschrittspartei hat sich mit demselben ebenfalls verbunden und fördert dessen Bestrebungen. Die Sezessionisten thun in wesentlichen Stücken dergleichen. Die Nationalliberalen aber leisten nur lauen Beistand, sie schweigen meist, und der Verdacht ist nicht abzuweisen, daß sie sich im stillen freuen, das Zentrum zu einer gewissen Macht erwachsen zu sehen, daß die Verlegenheiten, die dadurch für die Regierung entstanden, ihnen recht waren, daß sie eine schwache Regierung wollen, damit sie selbst stärker erscheinen. So aber ist die natürliche Folge des Ausfalls der Liberalen aus der Rechnung des Kanzlers, daß dessen Widerstand gegen die Ansprüche Roms schwächer wurde, und wenn darüber geklagt wird, so ist die Klage nicht an den Fürsten Bismarck zu adressiren, sondern an die Parteien, die ihn im Stiche ließen, und in erster Reihe an die Liberalen.



Bewegungen im deutschen Buchhandel.



u den zweifelhaften Geschenken, mit denen die liberalisirende Kra unser Vaterland gesegnet hat, gehört auch das Einheitsporto. Wir möchten behaupten, daß weder die Eisenbahn mit ihrer Außerkurssetzung so vieler Werte noch das perhorreszirte Tabaksmonopol so tief einschneidende Wirkungen gehabt haben und haben können, als das 50 Pfennigpaket hervorgebracht hat und noch hervorbringen wird. Der Maßstab für die Würdigung der Wirkungen solcher Unternehmungen scheint uns